

Motion

1653 Gresch, Bern (GB)

Weitere Unterschriften: 4

Eingereicht am: 14.02.2005

Lernen aus dem Fall Galmiz: Gemeinsames Angebot im Espace Mittelland

Der Regierungsrat wird aufgefordert, gemeinsam mit den Kantonen des Espace Mittelland die überkantonale Planung von Gewerbe- und Dienstleistungsstandorten an die Hand zu nehmen. Es sind geeignete Standorte zu schaffen resp. bestehende zu nutzen und planerisch so weit vorzubereiten, dass auch die Ansiedlung grosser Unternehmen möglich wird.

Begründung:

Der Kanton Bern betreibt seit Jahren eine aktive Planung der Entwicklungsschwerpunkte ESP für Dienstleistung und Gewerbe. Diese Bestrebungen machen aber an der Kantons-grenze Halt, obwohl mit dem Espace Mittelland das Gefäss für interkantonale Zusammen-arbeit von Industrie- und Dienstleistungsansiedlungen gegeben wäre.

Der Fall Galmiz hat gezeigt, dass die schweizerische Raumplanung bei der Standortnach-frage grösserer Unternehmen versagt.

Konkurrenzdenken unter den Kantonen ist für eine Ansiedlung in der Region nicht förder-lich. Wichtig ist, dass die Ansiedlung dieser Grösse in die Region kommt. Auch Nachbar-kantone profitieren von einer Ansiedlung weil der Steuerertrag der Firmen am Standort meist kaum ins Gewicht fällt, wohl aber derjenige der Angestellten an ihrem Wohnort, und der liegt üblicherweise in der Region, welche in einem Umkreis von einer halben bis zu ei-ner ganzen Fahrtstunde vom Arbeitsort liegt.

Weil sich die Kantone im Kampf um Ansiedlungen dieser Grössenordnung als Konkurrenten sehen, machen sie auch Einzonungen, die raumplanerisch nicht optimal, ja uner-wünscht sind.

Ziel einer gemeinsamen Standortplanung soll sein, die Ansiedlung von Unternehmen mit überkantonaler Bedeutung künftig aktiv zu planen und somit die Niederlassung an ver-kehrs- und raumplanerisch sinnvollen Standorten zu ermöglichen. Geeignete Standorte sollen sorgfältig vorbereitet werden, damit einer Anfrage nach kurzfristiger Ansiedlung rechtzeitig ein Angebot gemacht werden kann.

Die Region und die Schweiz als Ganzes können so nur gewinnen.

Antwort des Regierungsrats

Der Regierungsrat ist wie die Motionärin der Meinung, dass ein gemeinsames Vorgehen der Kantone sinnvoll sein kann, wenn es um die Ansiedlung eines Unternehmens mit grossem Flächenbedarf geht und eine raumplanerisch Abstimmung über die Kantonsgrenzen hinweg notwendig ist.

Bezüglich der raumplanerischen Koordination konnten mit dem Projekt „Strategische Arbeitszonen“ – einem Teilprojekt des Programms wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte (ESP) – bereits erste Erfahrungen gesammelt werden, allerdings nur innerhalb der Kantonsgrenzen. Mit diesem Projekt wurde versucht, zwei bis drei grossflächige Arbeitszonen als Reserve für strategisch wichtige Grossprojekte planungsrechtlich zu sichern, um im Bedarfsfall auf geeignete, rasch realisierbare Standorte zurückgreifen zu können. Das Vorhaben scheiterte bisher am fehlenden Willen der betroffenen Gemeinden und / oder der Grundeigentümer, für eine solche vorsorgliche Sicherung auf vertraglicher Basis Hand zu bieten. Für die Enteignung solcher Flächen fehlen die rechtlichen Voraussetzungen.

Die gemeinsame Standortsuche im Espace Mittelland, wie sie die Motionärin fordert, ist eine denkbare Vorgehensweise. Der Regierungsrat ist jedoch der Meinung, dass die Ansiedlung derart grosser Industrieanlagen (Flächenbedarf 20 – 50 Hektaren) schweizweit koordiniert angegangen werden sollte. Am 21. April 2005 hat die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) einem Vorstoss des Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektors zugestimmt, wonach in kantonsübergreifender Koordination versucht werden soll, an ausgewählten Standorten solche strategische Arbeitszonen zu schaffen. Je eine strategische Arbeitszone wäre zum Beispiel denkbar für die Wirtschaftsräume Zürich, Espace Mittelland und Genferseeregion. Ziel dieser Bemühungen ist es, künftig ansiedlungswilligen Unternehmungen rasch geeignete Flächen anbieten zu können. Die Kantonsplanerkonferenz wurde beauftragt, die Thematik vertieft zu prüfen und bis im Herbst 2005 konkrete Vorschläge zum weiteren Vorgehen vorzulegen.

Sollte dieser gesamtschweizerische Ansatz scheitern, ist der Regierungsrat bereit, die Zusammenarbeit mit den Espace Mittelland-Kantonen für ein entsprechendes Projekt zu suchen.

Im Falle eines gesamtschweizerischen Ansatzes wie auch im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens der Espace Mittelland-Kantone würde der Standortwettbewerb unter den Kantonen durch einen solchen unter Grossregionen abgelöst. Betreffend die Wirtschaftsförderung im Allgemeinen ist der Regierungsrat der Ansicht, dass der Standortwettbewerb nicht beeinträchtigt werden darf. Die Wirtschaftsförderungen der verschiedenen Kantone bauen ihre Kontakte unabhängig von einander auf und werden von verschiedenen Investoren kontaktiert. Es wäre für den Kanton Bern nicht von Interesse, diese Kontakte mit den konkurrierenden Kantonen zu teilen.

Antrag

Annahme als Postulat

An den Grossen Rat